



**Förderverein des Brandenburgischen  
Flüchtlingsrates**

Rudolf-Breitscheid-Str. 164  
14482 Potsdam  
Tel.: 0331-716499  
Fax: 0331-887 15 460

[info@fluechtlingsrat-brandenburg.de](mailto:info@fluechtlingsrat-brandenburg.de)  
[www.fluechtlingsrat-brandenburg.de](http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de)

Bankverbindung:  
Mittelbrandenburgische  
Sparkasse Potsdam  
KtoNr.: 350 10 10 000  
BLZ: 160 500 00

## INFOBRIEF Dezember 2012 / Januar 2013

- Deutschland war 2012 der weltweit drittgrößte Waffenexporteur, gleich nach den USA und Russland.
- 34 Kriege zählte die Universität Hamburg 2012.
- 42,5 Millionen Menschen waren auf der Flucht vor Krieg, Umweltzerstörung, extremer Ausbeutung und Verfolgung.
- 1800 Asylsuchende und 1600 Menschen mit einem Duldungsstatus lebten im Dezember 2012 in Brandenburg. Das sind bezogen auf die Bevölkerung etwa 0,14 Prozent.

### Themen:

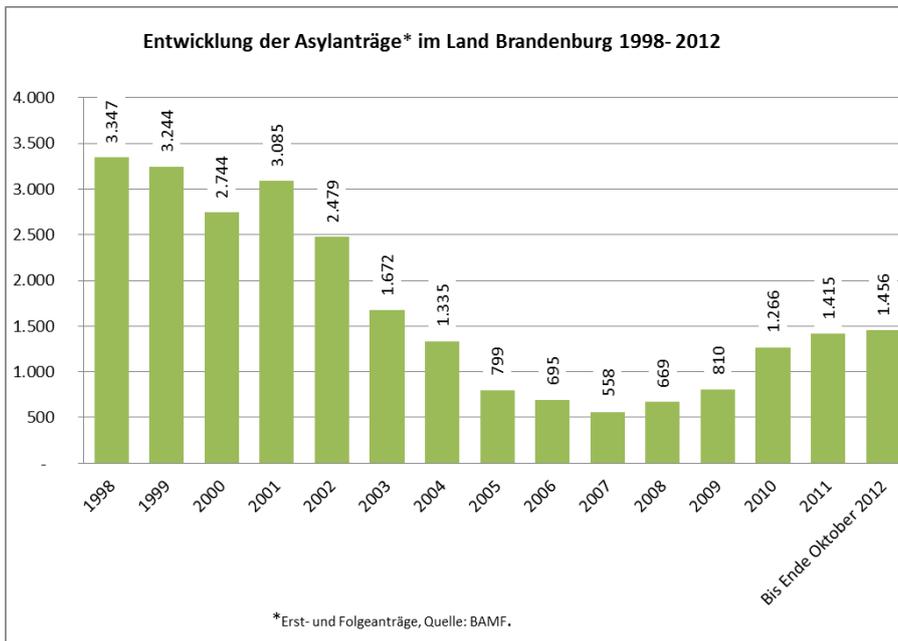
#### **Gesamtzahl der Asylsuchenden in Brandenburg kaum gestiegen**

Sowohl Menschen, die sich im Asylverfahren befinden, als auch Menschen, die nach einem negativ entschiedenen Verfahren nur noch eine Duldung erhalten, fallen unter das Asylbewerberleistungsgesetz. Nimmt man beide Gruppen zusammen, sieht man, dass die Zahl bis zum Jahr 2010 stetig sank trotz der Zunahme von neuen Asylanträgen, weil die Anzahl der Duldungen zurückging (vermutlich wegen der Bleiberechtsregelungen und der Einführung der Härtefallkommission im Jahr 2005, denn auch die Abschiebungen haben in dem Zeitraum abgenommen).

Jahr	Im Asylverfahren	Geduldete	Gesamt
2006	695	3202	3897
2007	558	2338	2896
2008	669	1886	2555
2009	810	1757	2567
2010	1266	1641	2907
2011	1415	1638	3053
Dezember 2012	1800	1600	3400

Seit 2011 ist die Zahl insgesamt wieder leicht gestiegen, es sind aber immer noch fast 500 Personen weniger als im Jahr 2006.<sup>1</sup>

Entwicklung nur der neuen Asylanträge von 1998 bis 2012:



## Wohnen: Politik der Landesregierung

Der Standard der Flüchtlingsunterkünfte, die die Kreise vorhalten müssen, wurde zuletzt im Jahr 2006 neu festgelegt, also in einer Zeit, in der es sehr wenige Asylsuchende gab.

Der Runderlass vom 8. März 2006 „**Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften und die soziale Betreuung**“ gesteht jeder Person in den Sammelunterkünften 6 qm Wohnfläche zu und legt einen Sozialarbeiterschlüssel von 1:120 fest (im Erlass davor war der Schlüssel noch bei 1:80). Der Erlass war bis zum Ende März 2011 gültig und hätte dann erneuert werden müssen. Stattdessen wurde seine Geltung zunächst bis Ende 2012 verlängert, dann um ein weiteres Jahr bis Ende 2013.

Damit gelten Standards fort, die schon unzureichend waren, als die Sammelunterkünfte kaum belegt waren. Jetzt, wo sie mit der 6qm-Vorgabe ausgelastet sind, ist die Wohnsituation katastrophal und die Enge führt zu enormen Belastungen und Spannungen unter den BewohnerInnen. Und es werden neue Sammelunterkünfte nach den gleichen Vorgaben eingerichtet.

Diese Entwicklung steht in scharfem Kontrast zu den seit April 2012 wiederholten politischen Willensbekundungen, die Situation in den bestehenden Sammelunterkünften zu verbessern und zukünftig von einer notdürftigen Unterbringung auf wirkliches Wohnen in privaten Wohnungen umzustellen.

Der Flüchtlingsrat schreibt in einer Pressemitteilung zur Aktuellen Stunde „Flüchtlingspolitik“ im Landtag am 15. November 2012: **Nicht reden, sondern handeln! Menschenwürdige Unterbringung sicherstellen und Teilhabe fördern**

<sup>1</sup> Während der ersten vier Jahre des Aufenthalts in Deutschland erstattet das Land die Leistungen nach dem AsylbLG, danach tragen die Kreise die Kosten. Die Veränderung der Zusammensetzung (verhältnismäßig mehr Neuanträge) dürfte die Kreise deshalb finanziell entlasten.

Seit April letzten Jahres ist nichts geschehen, im Gegenteil: „Die Situation hat sich dramatisch verschlechtert und die Landesregierung hat sich bisher auf kosmetische Verbesserungsvorschläge beschränkt, die sich einzig dadurch auszeichnen, dass sie keine Kosten verursachen. Damit wird nach Jahren der Abschreckungspolitik die Verantwortung dafür, auf eine integrationsorientierte und menschenwürdige Flüchtlingsaufnahme umzustellen, auf die Kreise abgewälzt. (...) Die Chance, die Weichen neu zu stellen, wurde bisher nicht genutzt. Stattdessen werden neue Sammelunterkünfte mit unverändert unzumutbaren Standards eingerichtet.“ <http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/page/3>

**Zur Erinnerung – Eine Chronologie der großen Worte und verschobenen Taten** (Pressemitteilungen der zuständigen Minister über ihre Absichten, die Flüchtlingspolitik menschenwürdig zu gestalten, sind nicht aufgelistet):

- **April 2011: Beschluss des Landtags “Eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerberinnen und Asylbewerbern im gesamten Land Brandenburg sicherstellen!”** Der Landtag beauftragt die Regierung, eine mit allen relevanten Akteuren besetzte Arbeitsgruppe zur Evaluation der geltenden Mindeststandards und Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen zu bilden. <http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/beschlpr/anlagen/3082-B.pdf>
- **August – Oktober 2011: Erarbeitung des Änderungsbedarfs durch die Arbeitsgruppe** (unsere Positionspapiere siehe: <http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/materialienabschiebungen/wohnen> )
- **Januar 2012: Bericht der Landesregierung:** “Empfehlungen zum Änderungsbedarf der Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften und die soziale Betreuung und Beratung” [http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab\\_4500/4573.pdf](http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab_4500/4573.pdf) Im Teil C des Berichts bleiben nach Prüfung der Vorschläge durch die Resorts keine relevanten Veränderungen mehr übrig.  
**Protestschreiben an die Landtagsabgeordneten zum Bericht der Landesregierung**  
[http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2011/10/19\\_1\\_2012\\_Offener\\_Brief\\_Landtag\\_Mindeststandards1.pdf](http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2011/10/19_1_2012_Offener_Brief_Landtag_Mindeststandards1.pdf)
- **8.3.2012: Offener Brief an Minister Baaske zum Thema Unterbringung von Women in Exile**  
<http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2012/03/WIE-offener-Brief-Minister-Baaske-8.3.2012.pdf>
- **14.3.2012: Anhörung im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie** zum Bericht der Landesregierung auf Initiative der Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen und FDP
- **4.6.2012: Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses** – Drucksache 5/4573 –  
<http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2012/06/5420-Ladtagsbeschluss.pdf>
- **7.6.2012: Beschluss des Landtages Brandenburg – Empfehlungen zum Änderungsbedarf der Mindestbedingungen** Drucksache 5/5420-B, in dem die Regierung beauftragt wird, das Integrationskonzept zu erneuern und ein Unterbringungskonzept zu erarbeiten. Von den Mindeststandards ist keine Rede mehr. Ihre Geltungsdauer wird wieder verlängert.  
[http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab\\_5400/5420.pdf](http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab_5400/5420.pdf)

Es ist eine Kette von immer neuen, vertagenden Aufträgen der Abgeordneten an die Landesregierung, die sie nicht oder nur bedingt ausführt.

## **Wohnen – Politik der Kreise – Informationen und Presse zum Thema**

Mit vier Landkreisen lag die Landesregierung im letzten Jahr im Streit, weil sie ihre Übernahmequote aus Eisenhüttenstadt nicht erfüllten: *Potsdam Mittelmark, Märkisch-Oderland, Teltow-Fläming und Barnim*. Im Oktober drohte das Land den Kreisen Sanktionen an:

- Kreise geraten im Asylstreit unter Druck, MOZ, 18.10.2011, <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1042410>

Zwei dieser Kreise eröffnen nun neue Sammelunterkünfte. Das heißt: es gibt *neue* Lager und zwar finanziert von einer Regierung, die die Wohnungsunterbringung befürwortet und sie als Wende zu einer menschenwürdigen Flüchtlingspolitik beschreibt. Gezahlt wird den Kreisen eine Investitionspauschale, die im Landesaufnahmegesetz für die Neueinrichtung von Sammelunterkünften garantiert wird, nicht aber zur Unterstützung der privaten Wohnungsunterbringung. Der Flüchtlingsrat hatte wiederholt darauf hingewiesen, dass die Regierung, wenn sie tatsächlich die Wohnungsunterbringung will, die gesetzlich garantierten Gelder durch eine Gesetzesänderung in die Finanzierung der Wohnungsunterbringung lenken kann bzw. muss. Leider vergeblich!

### **Situation in den Kreisen:**

#### **Potsdam-Mittelmark**

Der Kreis hat bereits im letzten Jahr beschlossen, die Verweildauer in der Sammelunterkunft auf ein Jahr zu begrenzen. Im Dezember wurden Wohnungen in Beelitz-Heilstätten und Teltow für insgesamt 182 Flüchtlinge angemietet. Die Bürgermeister und die zukünftigen Nachbarn erfuhren am 14.12.2012 aus der Zeitung davon. In Beelitz brannte in der Silvesternacht eine der für Flüchtlinge angemieteten Wohnungen aus. Das wurde 10 Tage später öffentlich bekannt. Inzwischen ist sicher, dass es sich um Brandstiftung handelt. Der Staatsschutz ermittelt.

- „Schicken Menschen nicht in den Wald“ Ausschuss beriet über Flüchtlingsaufnahme, MAZ, 27.10.2012  
<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12414269/60889/Ausschuss-beriet-ueber-Fluechtlingsaufnahme-Schicken-Menschen-nicht-in.html>
- Flüchtlinge suchen Quartier. Heime voll belegt – Aufruf an Vermieter mit Verweis auf Vorbild Bad Belzig. MAZ, 26.10.2012  
<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12413704/60889/Heime-voll-belegt-Aufruf-an-Vermieter-mit-Verweis.html>
- Kreis bringt Flüchtlinge unter. Wohnungen in Teltow und Beelitz angemietet, MAZ, 14.12.2012  
<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12440502/60889/Wohnungen-in-Teltow-und-Beelitz-angemietet-Kreis-bringt.html>
- Pressemitteilung der Stadtverwaltung zum Brand in der Neujahrsnacht <http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2013/01/20130107-Brand-Neujahrsnacht.pdf>
- Brandstiftung in Beelitz, RBB Aktuell <http://www.youtube.com/watch?v=P-C2JtAQfVw>
- Konzepte zur Integration gefordert. Bürgermeister rügt fehlende Information zum geplanten Asylbewerberheim in Beelitz-Heilstätten, PNN 9.01.2013 <http://www.pnn.de/pm/712670/>

#### **Barnim**

Der Landkreis hat ein Internatsgebäude in Wandlitz angemietet und setzt damit leider weiter auf die Unterbringung in Sammelunterkünften. Auch hier wurden die AnwohnerInnen zu spät und durch die Presse informiert.

Eine anschließende Bürgerversammlung ist im Regional-TV dokumentiert:

[http://www.odftv.de/news\\_barnim/Asylbewerberheim\\_Wandlitz-17485.html](http://www.odftv.de/news_barnim/Asylbewerberheim_Wandlitz-17485.html)

Gegen die Unterbringung in der neuen Sammelunterkunft hat sich die *Bürgerinitiative ‚Menschen-würdiges Asyl in Wandlitz/Barnim‘* gegründet, die die Räume für nicht geeignet hält. Sie fordert die Wohnungsunterbringung aber auch die Anhebung der Standards für die geplante Sammelunterkunft. Die Kreistagsfraktion die LINKE schloss sich mit entsprechenden Anträgen an. AnwohnerInnen dagegen protestierten gegen die Ansiedlung von Flüchtlingen überhaupt, weil sie ein Sinken ihrer Immobilienwerte befürchteten – insgesamt ist das Bild sehr widersprüchlich und gut dokumentiert in den folgenden Artikeln und einem Film:

- Landkreis sucht Flüchtlingsquartiere, MOZ, 24.10.2012 <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1043132>
- „Wirklich Verfolgte aus Kriegsgebieten sind dankbar und stellen keinen Forderungen“ ( Zitat aus einem Kommentar zum Artikel vom 24.10.) Alle Kommentare unter:  
<http://www.moz.de/nc/kommentare/mc/1043132/75/1/>
- Am allerbesten nicht bei uns!??? – Debatte um Flüchtlingsunterkunft in Wandlitz riecht streng nach *St. Florian* <http://www.world-wide-brandenburg.de/?p=3322>

- Dezentrale Unterbringung favorisiert, MOZ, 8.11.2012 [www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1053668/](http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1053668/)
- Weitere Sozialarbeiter für Flüchtlinge, MOZ, 12.11.2012 <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1054785/>
- Wandlitz erhält Förderpreis für Demokratie für sein Vorhaben, ein solidarisches Zusammenleben mit den ab Januar in der Gemeinde untergebrachten Flüchtlingen zu gestalten, MOZ, 30.11.2012 [http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1065378](http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1065378/)
- Von Althüttendorf nach Wandlitz - Ankunft im neuen Domizil, MOZ, 4.1.2013, [http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1082237](http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1082237/)
- Willkommens-Aufkleber an den Geschäften. MOZ, 8.1.2013 <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1083758/>

### **Teltow-Fläming**

Im Februar wird in Luckenwalde eine zweite Sammelunterkunft eröffnet. Also auch hier wird weiter auf Lagerunterbringung gesetzt.

- „Niemand will an unterster Stelle stehen“ - Die Zahl der Asylbewerber in Teltow-Fläming steigt, der Kreis reagiert mit der Wiedereröffnung eines Übergangsheims, MAZ, 22.11.2012 <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12428139/61939/Die-Zahl-der-Asylbewerber-in-Teltow-Flaeming-steigt.html>
- ASYL: Neues Heim für Flüchtlinge, MAZ 12.12.2012 <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12439211/61939/Neues-Heim-fuer-Fluechtlinge-ASYL.html>

### **Oberhavel**

- Sechs Quadratmeter müssen reichen. Im Asylbewerberheim herrschen beengte Verhältnisse, doch der Landkreis sieht keinen Handlungsbedarf. MAZ, 28.12.2012

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12446091/61129/Im-Asylbewerberheim-herrschen-beengte-Verhaeltnisse-doch-der-Landkreis.html>

### **Potsdam Stadt**

Potsdam hat eine Sozialarbeitsstelle für die Unterstützung von Flüchtlingen bei der Wohnungssuche und für die Akquise von Wohnungen eingerichtet. Angesiedelt ist die Stelle beim Diakonischen Werk Potsdam e.V. Außerdem wurde ein neues Kleinstheim für Frauen mit Kindern eröffnet, über das es einen rührenden Artikel gibt (s.u.), aber in Fachkreisen bisher nichts Positives zu hören ist.

- Kirchenkreis als Wohnungsnothelfer - Flüchtlinge werden bei Quartiersuche unterstützt / Appell an Stadt, sich einzubringen, MAZ, 5.11.2012 <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12418212/60709/Fluechtlinge-werden-bei-Quartiersuche-unterstuetzt-Appell-an-Stadt.html>
- Mit Herz und Verstand - Die ersten Flüchtlingsfrauen und ihre Kinder sind in das neue Asyl in der City eingezogen, MAZ, 8.10.2012

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12403618/60709/Die-ersten-Fluechtlingsfrauen-und-ihre-Kinder-sind-in.html>

### **Ostprignitz-Ruppin**

Die Sammelunterkunft in Treskow wird im Laufe des Jahres saniert.

- Laute Musik müssen alle mithören - Asylbewerber unzufrieden mit Heim in Treskow MAZ, 10.9.2012, <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12389819/61299/Asylbewerber-unzufrieden-mit-Heim-in-Treskow-Laute-Musik.html>
- Ausschuss verlangt mehr Informationen, MAZ, 25.9.2012 <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12397561/61299/Ausschuss-verlangt-mehr-Informationen-politik.html>

**Über die anderen Kreise im nächsten Infobrief mehr.**

## Situation in der Erstaufnahme Eisenhüttenstadt muss sich schnell ändern

Die Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenhüttenstadt ist seit Jahren in einem sehr schlechten Zustand. Die Situation hat sich zugespitzt, seit die Häuser voll belegt sind und die Menschen - wegen fehlender Kapazitäten in den Landkreisen - bis zu 8 Monaten dort bleiben mussten. (Gesetzlich vorgeschrieben sind 6 Wochen bis 3 Monate. Aktuell werden diese Zeiten auch eingehalten.)

Wegen der angespannten Lage und den unerträglichen Bedingungen kam es im Dezember zu Massenschlägereien <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12440862/63579/Eisenhuettenstadt-Massenschlaegereien-im-Asylbewerberheim.html>

Im August 2012 hatte der Innenausschuss des Landtags einen Ortstermin in der Erstaufnahmeeinrichtung. Die Eindrücke der Abgeordneten können im Artikel „Abgeordnete schockiert über Zustände in Asylbewerberheim“ (MOZ, 16.8.2012 <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1033819>) und im Protokoll der Fragestunde im Landtag am 29. August (Seite 4870) nachgelesen werden: <http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/plpr/60.pdf>

Wer sich ohne Führung dort umsieht, weiß, dass die Zustände noch schlimmer sind, als sie die Abgeordneten zu sehen bekamen. Die aktuell dort aufgestellten Container sind mit Abstand die besten Unterkünfte auf dem Gelände. Auf unserer Webseite befindet sich der Bericht eines jungen Afghanen über seine ersten Tage in Eisenhüttenstadt, der sich zu lesen lohnt.

<http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/aktuelles/bericht-aus-eisenhuettenstadt>

Der Besuch der Abgeordneten und ein vorausgegangenes Gespräch des Flüchtlingsrates mit dem Innenministerium führten zu folgenden Maßnahmen: Eine Mitarbeiterin des Innenministeriums nimmt nun Beschwerden über die medizinische Versorgung, insbesondere über das häufig berichtete diskriminierende Verhalten des Personals entgegen. Der Flüchtlingsrat hatte die Einrichtung „eines effektiven Beschwerdeverfahrens“ gefordert, hält diese Ämterverquickung aber für keine gute Lösung. Die Sprechzeiten der Krankenschwestern wurden ausgedehnt und zwei wöchentliche Sprechstunden bei einem Arzt eingeführt. Es gibt inzwischen Deutschunterricht für 6-14jährige Kinder an drei Tagen die Woche jeweils 1,5 Stunden aufgeteilt in vier Altersgruppen.

2,2 Millionen Euro sollen in den Abriss und Neubau des Familienhauses investiert werden. Außerdem wird das Männerhaus weiter saniert. Die Gesamtkosten aller notwendigen Arbeiten belaufen sich auf ca 10 Millionen Euro. Dass bei dieser Investition nicht ein anderer, besserer Standort gewählt wurde (s.u. Polizeikontrollen) ist bedauerlich.

Die MAZ-Kommentatorin Angelika Pentsi schreibt am 16. November:

*Die Maßnahmen, die das Land jetzt zur Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen auf den Weg bringen will, wirken in ihrer Geballtheit vielleicht wie die große humanitäre Geste. Tatsächlich zeigt die Fülle der nötigen Veränderungen in erster Linie, dass hier jahrelang geschlafen wurde. Die Zahl der Flüchtlinge ist nicht von gestern auf heute sprunghaft gestiegen, sondern kontinuierlich über die letzten Jahre hinweg. Wer eins und eins zusammenzählen kann, hätte auch absehen können, dass die Kapazitäten zur Aufnahme der Menschen knapp werden. Aber offenbar waren weder Land noch Kommunen darauf vorbereitet. Der Reformstau hat nun einen Menschenstau zur Folge. In Eisenhüttenstadt hocken Hunderte Flüchtlinge aufeinander, teils in Containern, warten darauf, dass ihr neues, ohnehin schon sehr ungewisses Leben endlich anfängt, und sind derweil zur Untätigkeit verdammt. Und angesichts der Krisenherde in der Welt wird sich die Situation so bald bestimmt nicht entspannen. Kein Wunder, dass der Frust bei den Hilfesuchenden wächst. Gelungene Integration beginnt jedenfalls anders.*

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12425036/63629/>

## Rassisten und Neonazis

Für Anfang 2013 hat die NPD Brandenburg Aktionen gegen Flüchtlinge und eine „Asyllobby“ angekündigt. Auf der Webseite heißt es: *Die märkische NPD wird in den nächsten Wochen im Rahmen der bundesweiten Kampagne „Einmal Deutschland und zurück – Asyl ist kein Selbstbedienungsladen“ in Eisenhüttenstadt sowie den anderen betroffenen Gemeinden in Brandenburg aufklärend wirken sowie über echte Alternativen informieren.* <http://www.npd-brandenburg.de/nach-gewaltorgie-einmal-eisenhuettenstadt-und-zurueck%E2%80%A6/1711>

Anlass ist die oben erwähnte Massenschlägerei im Dezember in der Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenhüttenstad. Einen Artikel in der MOZ über diesen Vorfall kommentierte ein Leser am 14. Dezember 2012 folgendermaßen: *Kein Wunder - die Unterkunft wird schon an ihrer Belastungsgrenze gefahren und dann auch noch privat durch ein Wachschutzunternehmen betrieben. Schön, dass die sozialen Dienste an unseren Mitmenschen ausgelagert werden und das am besten an Unternehmen die z.B. zur sozialen Arbeit wenig bis gar keine Beziehung haben... Traurig. Im Ergebnis gibt's nur den Nazis Futter“.*

Wie wahr das ist, zeigen auch alle anderen Kommentare und Leserbriefe, die mehrheitlich latent bis aggressiv rassistisch Menschen, „die sich nicht benehmen können,“ Fluchtgründe und die Daseinsberechtigung in Deutschland absprechen.

Unter dem Motto „*Einmal Deutschland und zurück – Asyl ist kein Selbstbedienungsladen*“ hatte die NPD bereits bundesweit gegen den Protestmarsch der Flüchtlinge von Würzburg nach Berlin mobil gemacht, plakatiert, Hauswurfsendungen verteilt und Spuckis verklebt. [http://www.npd.de/inhalte/daten/dateiablage/fb\\_201209\\_asyltour.pdf](http://www.npd.de/inhalte/daten/dateiablage/fb_201209_asyltour.pdf)

Das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum APABIZ hat in seinem letzten Newsletter einen Beitrag über die aktuelle Politik der extremen Rechten gegen Flüchtlinge und flüchtlingspolitische Initiativen veröffentlicht: *„Flüchtlingsproteste im Visier - Die rassistischen »Ausländer Raus!«-Kampagnen der extremen Rechten nehmen zu“* <http://www.apabiz.de/publikation/monitor/Monitor%20Nr.57.pdf>

Die Flüchtlingsproteste im letzten Jahr, das heißt, die Tatsache, dass Asylsuchende öffentlich nicht als Bittsteller sondern als Menschen auftreten, die Rechte haben und sie einfordern, werden von erklärten Rassisten als starke Provokation empfunden. Aber leider nicht nur von ihnen, wie zum Beispiel die weit verbreitete Empörung über das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Asylbewerberleistungsgesetz (Juli 2012) zeigte. Die Feststellung, dass Flüchtlinge (gleiche) Rechte haben, scheint vor allem, wenn es um Geld geht, massenhaft besitzstandsverteidigende Reflexe auszulösen, die in aggressiven Rassismus umschlagen können. Der Journalist Stefan Niggemeier hat in seinem Blog unter dem Titel „Nach diesem Urteil sollten wir uns über die NSU nicht mehr wundern“ einige Kommentare aus dem Forum von BILD.de dokumentiert: <http://www.stefan-niggemeier.de/blog/nach-diesem-urteil-sollten-wir-uns-ueber-die-nsu-nicht-mehr-wundern/> Ähnliche Kommentare konnte man in fast allen online-Zeitungsausgaben finden. Angeheizt wurde diese Stimmung durch Bundesinnenminister Friedrich und das ihm unterstellte BAMF mit der Behauptung, es kämen nicht mehr Flüchtlinge nach Deutschland, sondern mehr Asylbetrüger, weil es nun mehr Geld gebe (s.u.).

## Angriffe auf Flüchtlinge nehmen zu

Erstmals seit einigen Jahren ist die Zahl der offiziell registrierten politisch motivierten Straftaten mit extrem rechtem Hintergrund in Brandenburg wieder gestiegen: In den ersten neun Monaten des Jahres 2012 um elf Prozent auf insgesamt 1.000. Im Landkreis Dahme-Spreewald verdoppelte sich die Zahl sogar. Auch Angriffe auf Flüchtlinge, gewalttätige wie verbale, nehmen zu. Hier einige sehr unterschiedliche Beispiele aus Brandenburg während der letzten vier Monate (chronologisch):

**22.8.2012, Berlin / Brandenburg:** Die taz veröffentlicht einen kritischen Artikel zur Eröffnung des neuen „Asylknasts“ auf dem Flughafen Schönefeld. Bei den Online-Kommentaren finden sich mehrere rassistische Einträge u.a. meldet sich "Abschiebebaer" zu Wort. "Abschiebebaer" ist eine Figur, mit der in Anlehnung an den "Pink Panther" des NSU in Norddeutschland und im Netz zu der Zeit aggressive Politik gegen Flüchtlinge und andere MigrantInnen betrieben wurde:

<http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Besseres-Hannover-von-der-Polizei-ertappt> Die

Gruppe „Besseres Hannover“, die sich dahinter verbarg ist inzwischen verboten worden.

<http://www.ndr.de/regional/niedersachsen/hannover/rechtsextremisten105.html>

**8.9.2012, Potsdam:** Die NPD veranstaltet eine (klägliche) Kundgebung gegen die Demonstration des Flüchtlingsprotestmarsches.

**9.10.2012,** Etwa einen Monat später erscheinen auf der Nazi-Plattform Altermedia rassistische Hetzereien gegen Eben Chu (Refugees Emancipation), einen der Organisatoren der Flüchtlingsdemonstration in Potsdam. Es wird auch eine Adresse veröffentlicht, bei der man ihn antreffen können soll – was auf diesen Plattformen einer Aufforderung zur Gewalt gleichkommt. Mehr dazu unter:

<http://www.infortiot.de/artikel/wir-lassen-uns-nicht-einschueechtern>

**1.10.2012, Prenzlau / Uckermark:** Eine Gruppe von Flüchtlingen wird auf dem Rückweg vom Supermarkt zur Sammelunterkunft von einem einzelnen Mann massiv rassistisch beschimpft, geschlagen und getreten. (Quelle OPP – noch nicht veröffentlicht)

**4.10.2012, Prenzlau / Uckermark:** Zwei Flüchtlinge werden auf dem Weg zur Sammelunterkunft von zwei Männern mit Totschlägern angegriffen und einer krankenhaureif geschlagen. (Quelle OPP – noch nicht veröffentlicht)

**9.10.2012, Schönefeld / Dahme-Spreewald:** In den frühen Morgenstunden drangen Neonazis in das Gelände des Flüchtlingsheimes in Waßmannsdorf ein und beschmierten das Gebäude mit »Rostock ist überall« und »NW-Berlin«. Die Neonazis versuchten vergebens in das Gebäude zu gelangen. Sie schmissen mit Farbe gefüllte Flaschen durch eines der Fenster. Eine der Flaschen zersplitterte direkt neben dem Kopf einer dort schlafenden Frau. Quelle OPP und taz, 9.10.2012 <http://www.taz.de/Rechte-Anschlaege-in-Berlin/!103232/> <sup>2</sup>

**23.11.2012, Fürstenwalde / Spree / Oder-Spree:** Am frühen Abend fuhr ein kenianischer Flüchtling mit seinem Fahrrad eine Straße in der Innenstadt entlang, als er von hinten mit einem Motorrad angefahren wurde. Er stürzte zu Boden und kugelte sich dabei ein Armgelenk aus. Der Fahrer und weitere Biker kamen hinzu, beschimpften ihn und traten auf den hilflos am Boden liegenden 25-Jährigen ein. Das Opfer musste mehrere Tage im Krankenhaus behandelt werden. (Quelle: OPP)

## Populismus aus dem Bundesinnenministerium

Bundesinnenminister Friedrich und das ihm unterstehende Bundesamt für Flucht und Migration (BAMF) heizen seit August 2011 die oben beschriebene Stimmung gegen Flüchtlinge mit der Behauptung an, die steigenden Flüchtlingszahlen seien darauf zurückzuführen, dass es nun in Deutschland mehr Sozialhilfe für Asylantragsteller gäbe. Insbesondere die (im Winter immer) steigenden Asylantragszahlen von Roma aus Serbien und Mazedonien werden pauschal als Asylmissbrauch und Leistungsbetrug diffamiert.

PRO ASYL hat ein Papier mit dem Titel: „**Populismus aus dem Innenministerium**“ verfasst und sich darin mit dem politischen Ziel der Stimmungsmache auseinandergesetzt, nämlich Serbien und Mazedonien zu sicheren Drittstaaten zu erklären und für Antragsteller aus so definierten Staaten die Sozialhilfe weiterhin drastisch zu kürzen und nur als Sachleistung auszugeben.

[http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/fm\\_redakteure/stellungnahmen/PRO\\_ASYL\\_Populismus\\_aus\\_dem\\_Bundesinnenministerium\\_Nov\\_2012\\_endg.pdf](http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/fm_redakteure/stellungnahmen/PRO_ASYL_Populismus_aus_dem_Bundesinnenministerium_Nov_2012_endg.pdf)

Bereits am 2. August 2012 fand sich auf Spiegel Online einen sehr lesenswerte Artikel „**Fakten gegen die Stimmungsmache**“, in dem der Rede von Flüchtlingsfluten und Asylmissbrauch eine nüchterne Auswertung von Statistiken und andere Fakten entgegengesetzt wird. <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/asyl-statistiken-belegen-rueckgang-von-bewerbern-und-kosten-a-845546.html>

Eine Argument-Keule der Stimmungsmacher ist die magische Zahl von 440.000 Asylanträgen im Jahre 1992, die als Drohkulisse an die Wand gemalt wird, wenn das Asylrecht von seinen Schikanen befreit werden soll. Wer Asylsuchende nicht diskriminiert und ihnen nicht das Leben schwer macht, habe zu verantworten, dass

<sup>2</sup> Weiterführende Informationen finden sich in einem Artikel über Aktivitäten der Berliner Neonazi-Kameradschaft „Nationaler Widerstand“ in Brandenburg: "nw berlin goes berlin" [http://www.apabiz.de/publikation/monitor/Monitor\\_Nr56.pdf](http://www.apabiz.de/publikation/monitor/Monitor_Nr56.pdf) Seite 4

dann (wieder) Hunderttausende kämen, nur um es sich auf Staatskosten gut gehen zu lassen. Immer wieder lesenswert ist in dem Zusammenhang die kleine Broschüre von Thomas Hohlfeld, aus dem Jahr 2008 **15 Jahre ohne Grundrecht auf Asyl - Wider die Gewöhnung an die Entwürdigung und Entrechtung von Menschen**: <http://www.grundrechtkomitee.de/node/51>, in der er u.a. dem Mythos der Zahl 440.000 realistische Berechnungen entgegensetzt.

Scharfe Kritik gab es im November 2012 an einer neuen Broschüre des BAMF in zwei Artikeln im Tagesspiegel „**Info-Broschüre in der Kritik - Bundesamt für Migration schmährt Asylbewerber**“ <http://www.tagesspiegel.de/politik/info-broschuere-in-der-kritik-bundesamt-fuer-migration-schmaehrt-asylbewerber/7445824.html> und „**Fremdenfeindlichkeit - Rechte Schmuggelware in Behördenflyern**“ <http://www.tagesspiegel.de/meinung/fremdenfeindlichkeit-rechte-schmuggelware-in-behoerdenflyern/7445866.html>

Anschließend änderte das Bundesamt die kritisierten Passagen in der Broschüre.

**Zu den Schnellverfahren zur Abwicklung der Asylanträge Serbien, Mazedonien und Kosovo siehe:** [http://www.proasyl.de/de/presse/detail/news/bundesinnenminister\\_spannt\\_bundesamt\\_fuer\\_migration\\_und\\_fluechtlinge\\_vor\\_s\\_einen\\_karren/](http://www.proasyl.de/de/presse/detail/news/bundesinnenminister_spannt_bundesamt_fuer_migration_und_fluechtlinge_vor_s_einen_karren/)

**Zum Druck, den die EU auf die Herkunftsländer macht**, speziell Roma nicht ausreisen zu lassen, um die Visafreiheit für ihre anderen StaatsbürgerInnen nicht zu gefährden, und die katastrophalen Folgen davon für die Rückkehrer und alle Roma in diesen Ländern, siehe Hinweise auf Publikationen im Infobrief Materialien.

## **„Mentalitätswandel“ ist nötig. Bundespräsident Gauck besuchte Sammelunterkunft in Bad Belzig**

Die aktuelle politische Situation ist geprägt durch einerseits anhaltende radikale Flüchtlingsproteste und parlamentarische Bemühungen, den Umgang mit Asylsuchenden in Deutschland zu modernisieren, und andererseits Hetze gegen Flüchtlinge und aggressive Verteidigung des gesamten ideologischen und gesetzlichen Abschreckungsarsenals. In dieser Gemengelage wollte Bundespräsident Gauck „ein Signal geben“ und besuchte am 12.12.2012 die Sammelunterkunft in Bad Belzig. Gauck sprach sich gegen das Arbeitsverbot und die als Residenzpflicht bezeichnete räumliche Aufenthaltsbeschränkung aus, plädierte für schnellere Asylverfahren und mahnte einen Mentalitätswechsel im Umgang mit Asylsuchenden an.

Vor dem Tor der Sammelunterkunft demonstrierten einige Flüchtlinge für mehr Rechte. Gauck beschränkte sich aber auf Gespräche mit ausgesuchten GesprächspartnerInnen. Die konservative Zeitung *Die WELT* weist in dem Zusammenhang auf Kritik an der Organisation des Präsidentenbesuches hin: „*Eine politische Show sei der Besuch des Bundespräsidenten, schimpft etwa Jayne aus Kenia und fragt: 'Warum schaut er sich nur die schönen Zimmer an? Warum geht er nicht auf die Toilette und sieht, wie dreckig es ist?' Es müsse Schluss sein mit der Unterbringung in Massenlagern, fordert Jayne.*“

<http://www.welt.de/newsticker/news3/article111979430/Joachim-Gauck-bei-Fluechtligen-in-Bad-Belzig.html> Auch die Potsdamer Neuesten Nachrichten lassen kritische Stimmen zu Wort kommen: „*Zwei alte Menschen in einem zugemüllten Zimmer, er sitzt rauchend am geschlossenen Fenster, sie kauert auf dem Boden, blickt ins Leere. Es stinkt nach Qualm und Toilette, die Wasserleitung ist tot, ein Bild des Jammers. „Oma und Opa“, wie die beiden von den anderen Asylbewerbern genannt werden, sind 1992 aus dem kriegsgeschüttelten Bosnien nach Deutschland geflohen – und sitzen seitdem im Asylbewerberheim fest. Sie haben sich aufgegeben. „Das bekommt der Präsident nicht zu sehen“, sagt Arlen Dennis. Der hochgewachsene Afrikaner ist sauer – nicht nur, weil Joachim Gauck im Bad Belziger Übergangwohnheim nur Einblick in die modernisierten Zimmer erhält, sondern auch, weil Menschen wie er in Deutschland keine Perspektive bekommen.*“ <http://www.pnn.de/pm/706116/>

Der Beitrag auf RBB-Aktuell ist hier zu sehen: <http://www.youtube.com/watch?v=UfiGxP3YXEU>

Weitere Berichte:

[http://www.rbb-online.de/nachrichten/politik/2012\\_12/gauck\\_asylbewerber.html](http://www.rbb-online.de/nachrichten/politik/2012_12/gauck_asylbewerber.html)

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12439960/62249/Bundespraesident-Gauck-besucht-Fluechtlingsheim-in-Bad-Belzig-Wir.html>

<http://www.fr-online.de/politik/bundespraesident-besucht-fluechtlingsheim-gauck-wirbt-fuer-kuerzere-asylverfahren,1472596,21102896.html>

## Asylbewerberleistungsgesetz

Klarer hätte das Bundesverfassungsgericht (BVG) es nicht formulieren können: Die reduzierten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind "evident unzureichend" und müssen deutlich erhöht werden, denn das Grundgesetz garantiert ein menschenwürdiges Existenzminimum, urteilten die höchsten Richter am 18. Juli 2012. "Migrationspolitische Erwägungen", etwa möglichst wenige Flüchtlinge anzuziehen, können "kein Absenken des Leistungsstandards unter das physische und soziokulturelle Existenzminimum rechtfertigen", denn: „Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren“ heißt es im Urteil.

## Novellierung des AsylbLG nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG)

Statt das Asylbewerberleistungsgesetz nach diesem Urteil abzuschaffen, wird es nun notdürftig novelliert. Der **Gesetzesentwurf** liegt inzwischen vor und ist vom Bundesinnenministerium zur Stellungnahme an verschiedene NGOs versandt worden. Er ist hier zu finden:

<http://www.juris.de/jportal/portal/page/homerl.psm?nid=jnachr-JUNA121204032&cmsuri=%2Fjuris%2Fde%2Fnachrichten%2Fzeigenachricht.jsp>

Der Entwurf sieht vor, dass Menschen 24 Monate lang Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen müssen – bisher waren es 48 Monate (d.h. Sachleistungen, reduzierte medizinische Versorgung usw...). Die Beträge werden angehoben, die Berechnungsgrundlage ist aber nach wie vor nicht nachvollziehbar. Das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche wurde wörtlich aus dem SGB II /SGB XII übernommen und soll schon ab dem Zeitpunkt der Einreise ohne Wartefrist gewährt werden. Zum Adressatenkreis gehören nach wie vor auch Personen mit humanitären Aufenthaltstiteln oder einer Duldung. Wie zu erwarten wurde eine Abkehr vom Sachleistungsvorrang nicht vollzogen, es wurde sogar noch einmal bekräftigt. Der § 1a, der unbefristete Leistungskürzungen bei fehlender Mitwirkung an der Ausreise oder unterstellter Identitätstäuschung vorsieht, bleibt bestehen. Auch die Reduzierung der medizinischen Leistung auf Akuterkrankungen bleibt. Streichung des Bargeldes oder Kürzungen für Personen aus sog. "sicheren Herkunftsstaaten", wie Innenminister Friedrich geplant hatte, finden sich nicht im Gesetzesentwurf. Trotzdem entspricht der Entwurf nicht dem Grundsatz des Bundesverfassungsgerichtes, weil er weiterhin durch Sanktionskürzungen, Regelsachleistungen und reduzierte medizinische Versorgung die Unterschreitung des Existenzminimums beibehält bzw. wemöglichst.

**Stellungnahmen liegen inzwischen vor von:**

- **Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V.**  
<http://www.vdj.de/index.php?id=38,470,0,0,1,0>
- **Georg Classen, Flüchtlingsrat Berlin**  
[http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/asylblg/FRBerlin\\_AsylbLG\\_BMAS\\_060113.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/asylblg/FRBerlin_AsylbLG_BMAS_060113.pdf)
- **Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAFW):**  
<http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2013/01/2013-01-07-BAGFW-Stellungnahme-AsylbLG-final.pdf>
- Die Stellungnahmen der Bundesländer  
**Baden-Württemberg**  
<http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2012/01/BaWü-Stellungnahme-AsylbLG.pdf>  
**Nordrhein-Westfalen**  
<http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2012/01/NRW-121220-Stellungnahme.pdf>  
**Rheinland-Pfalz**  
<http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2012/01/RLP-zum-BMAS-Entwurf-AsylbLG.pdf>

ältere Stellungnahme der BAFW zum **Sachleistungsprinzip:**

<http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2013/01/Stellungn-Sachleistungsprinzip-2010-12-15.pdf>

ältere Stellungnahme der BAFW zur **Abschaffung des AsylbLG:**

<http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2013/01/BAGFW-Stellungnahme-Abschaffung-Asylbewerberleistungsgesetz.pdf>

Siehe auch die Stellungnahme von Georg Classen für das BMAS vom Dezember 2010 zur - bis heute nicht vorliegenden - Evaluation der Sachleistungsprinzips des AsylbLG

[http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/asylblg/FRBerlin\\_Doku\\_AsylbLG\\_Evaluation.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/asylblg/FRBerlin_Doku_AsylbLG_Evaluation.pdf)

Zur grundsätzlichen Frage, ob die selbst die ALG-II-Sätze verfassungsgemäß sind siehe: Rechtsgutachten von Prof. Johannes Mürder und Dr. Irene Becker "Sind die neuen Regelbedarfe des SGB II und SGB XII verfassungsgemäß?", [http://www.boeckler.de/pdf/pm\\_wsi\\_2011\\_09\\_05.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/pm_wsi_2011_09_05.pdf)

Aus Anlass der Novellierung des AsylbLG gibt es ein "**Positionspapier Menschenwürdiges Existenzminimum**" von Erwerbsloseninitiativen, Wohlfahrtsverbänden und PRO ASYL, Dezember 2012, <http://www.menschenwuerdiges-existenzminimum.org/category/postionspapier>

**Sanktionskürzungen nach § 1a AsylbLG und Reduzierung auf Sachleistungen sind verfassungswidrig - Flüchtlingspolitik erkämpft Rechte für ALG-II-Abhängige!**

Während die Bundesregierung versucht, Leistungen weiter verfassungswidrig einzuschränken, haben erste Gerichte Leistungskürzungen nach § 1a AsylbLG für rechtswidrig erklärt. Im Rahmen einstweiliger Anordnungen wurden Ausländerbehörden in drei Fällen verpflichtet, Leistungen im vollen Umfang der Übergangsregelung, die das Bundesverfassungsgericht angeordnet hat, auszuführen.

**Demnach sind auch die Leistungs- oder Bargeldkürzungen als Sanktion für „fehlende Mitwirkung bei der Rückführung“ verfassungswidrig.** Bezüge unter das Existenzminimum zu kürzen, um Druck auf Menschen auszuüben, das Land zu verlassen, widerspricht dem BVG-Beschluss, dass die Menschenwürde migrationspolitisch nicht zu relativieren ist.

Diese Rechtsprechung wird, wenn sie sich durchsetzt, auch Auswirkungen auf die Sanktionspraxis gegen ALG-II-Abhängige haben. Das deutlich zu machen, um dem Gegeneinander-Ausspielen von Einheimischen und Zugereisten entgegenzuwirken und gemeinsame Interessen in den Vordergrund zu rücken, ist eine wesentliche Aufgabe antirassistischer Politik!

Urteile der Sozialgerichte:

Das **Sozialgericht Altenburg** kommt in seinem Urteil vom 8.11.2012 zu dem Schluss, dass das vom Bundesverfassungsgericht in der Übergangsregelung festgelegte Existenzminimum nicht unterschritten werden darf – auch nicht als Sanktion zur Durchsetzung der Mitwirkungspflichten im aufenthaltsrechtlichen Verfahren, denn: „Da die Würde des Menschen unantastbar ist, darf ihre Beeinträchtigung nicht als Druckmittel eingesetzt werden“.

Beschluss: <http://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2012/11/SG-Altenburg-vom-11.10.12-Bargeldk%C3%BCrzung-bei-%C2%A7-1a-AsylbLG.pdf>

Das **Sozialgericht Düsseldorf** hält Kürzungen nach § 1a AsylbLG in seinem Beschluss vom 19.11.2012 ebenfalls für nicht zulässig: „Im Hinblick auf die Unantastbarkeit der Würde des Menschen darf ihre Beeinträchtigung nicht als Druckmittel eingesetzt werden“, heißt es auch in dieser Entscheidung.

Beschluss: <http://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2012/11/SG-D%C3%BCsseldorf-1aAsylbLG.pdf> .

Ähnlich lauten die Beschlüsse des Sozialgerichts Lüneburg am 25.10.2012 (Aktenzeichen S 26 AY 4/11) und 13.12.2012 ( AZ.: S 26 AY 26/12 ER). Das Sozialgericht führt aus, dass auch Personen, denen Minderleistungen nach § 1a AsylbLG zugefügt werden, sich auf das Urteil des BVerfG vom 18.07.2012 berufen können. Die entscheidende Passage lautet im Beschluss vom 25.10.2012 lautet: „Dem steht nicht entgegen, dass möglicherweise die Voraussetzungen des § 1a Nr. 2 AsylbLG gegeben sind. Denn nach dem Urteil des BVerfG steht fest, dass bereits die Grundleistungen nicht das Existenzminimum abdecken und evident unzureichend seien. Dies dürfte für die gekürzten Leistungen, die noch geringer und eine Variante der Grundleistungen sind, erst recht gelten. In diesem Fall führte dies ferner zu einer dauerhaften Sanktionierung und dauerhaften Unterdeckung des Existenzminimums der Kläger, was sie in ihren Grundrechten gemäß Artikel 1 Abs. 1, 20 Abs. 1 GG verletzen dürfte.“ Rechtsanwalt Hullerum, der das Urteil erstritten hat, schreibt dazu: „Damit reduziert sich die Bedeutung des AsylbLG allein auf die Frage Bargeld oder „teilweise Gutscheine“. Wer das AsylbLG unbedingt aufrechterhalten will, der muss also schon deutlich machen, dass er die Art der Hilfe als „teilweise Gutscheine“ um des Diskriminierungs-Effektes und

des angeblichen Abschreckungs-Effekts willen beibehalten will. Da nachgewiesenermaßen die Art der Hilfe keinen „Abschreckungs-Effekt“ erzeugt (niemand hat deshalb von Flucht Abstand genommen), reduzieren sich die Argumente derer, die das AsylbLG beibehalten wollen, auf folgenden Satz: „Wir wollen weiterhin diskriminieren, koste es, was es wolle.“

### **Weiter diskriminieren – koste es, was es wolle!**

#### **Parlamentarische Initiativen zur Abschaffung des AsylbLG sind gescheitert**

Die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes würde auch die Abschaffung von Regelunterbringung in Sammelunterkünften, Einschränkung der medizinischen Versorgung und Sachleistungen bedeuten. Die Süddeutsche Zeitung berichtete am 12.10.2012 unter dem Titel: *Harte Regeln, teure Regeln* über die Mehrkosten der Abschreckungspolitik mit dem AsylbLG. Lagerunterbringung und Sachleistungen kosten wegen des bürokratischen Organisationsaufwandes erheblich mehr als eine menschenwürdige Versorgung mit Barleistungen und eine Unterbringung in Privatwohnungen. **Fast 50% Mehrkosten hat die Stadt Berlin zum Beispiel bei der Unterbringung in Massenunterkünften im Vergleich zu privatem Wohnraum.**<sup>3</sup> In Bayern, wo das AsylbLG am rigidesten umgesetzt wird, lagen 2011 die Ausgaben nach dem AsylbLG „pro Kopf“ um über 40 Prozent über dem Bundesdurchschnitt.<sup>4</sup> Dieses Ergebnis ist umso erstaunlicher, als in Bayern der Anteil derer, die nur gekürzte Leistungen erhielten, im gleichen Zeitraum deutlich größer als in allen anderen Bundesländern war.

#### **Gescheiterte Bundesratsinitiative**

Die Landesregierungen von Brandenburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein haben am 1. Oktober einen Antrag zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes in den Bundesrat eingebracht. [http://www.bundesrat.de/cln\\_227/SharedDocs/TO/903/eri/32,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/32.pdf](http://www.bundesrat.de/cln_227/SharedDocs/TO/903/eri/32,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/32.pdf)

Der wurde am 23. November 2012 debattiert und abgelehnt. Wer die Debatte nachlesen mag, findet sie auf Seite 523 ff des Plenarprotokolls und dieses unter:

[http://www.bundesrat.de/cln\\_320/nn\\_43984/SharedDocs/Downloads/DE/Plenarprotokolle/2012/Plenarprotokoll-903,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Plenarprotokoll-903.pdf](http://www.bundesrat.de/cln_320/nn_43984/SharedDocs/Downloads/DE/Plenarprotokolle/2012/Plenarprotokoll-903,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Plenarprotokoll-903.pdf)

Dazu eine Presseerklärung von Minister Baaske: „Schwarz-Gelbe Länder verhindern Abschaffung von Asyl-Sonderrecht“ <http://www.masf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.314733.de>

#### **Gescheiterte Initiativen im Bundestag**

In den Bundestag brachte die SPD am 29. November keinen Antrag auf Abschaffung, sondern nur auf Reformierung des Gesetzes ein und sorgte zusammen mit der Koalitionsmehrheit von CDU/CSU und FDP für das Scheitern von zwei Anträgen auf Abschaffung des Gesetzes, die die Parteien Die LINKE und Bündnis90/Die Grünen eingebracht hatten.

[http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/41809083\\_kw48\\_de\\_asylbewerber/index.html](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/41809083_kw48_de_asylbewerber/index.html)

### **Winterabschiebestopp in Balkanstaaten**

Die Landesregierungen von Thüringen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Bremen haben ihre Ausländerbehörden angewiesen, während der Wintermonate Abschiebungen von Angehörigen diskriminierter Minderheiten in die Balkanstaaten auszusetzen. Auch Mecklenburg-Vorpommern verlangt Einzelfallprüfungen mit der Option, den Winter in Deutschland verbringen zu können.

Die Länder übernehmen damit nicht nur Verantwortung für Schutzsuchende, sondern setzen in der aktuellen asylpolitischen Debatte ein wichtiges Zeichen, das wir auch von einer rot-roten Landesregierung in Brandenburg erwarten und in einer Presseerklärung am 21. Dezember gefordert haben

<http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/pressemitteilungen/thuringen-schleswig-holstein-und-rheinland-pfalz-erlassen-winterabschiebestopps-brandenburg-muss-folgen>

<sup>3</sup> Das geht aus der Antwort auf die Kleine Anfrage der LINKEN im Abgeordnetenhaus hervor: <http://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2012/12/Q2-Berlin-kleine-Anfrage-ka17-10829.pdf>

<sup>4</sup> Laut Angaben, die das Statistische Bundesamt am 26. September 2012 auf Anfrage der Bundestagsfraktion Die LINKE vorlegte.

(Die LINKE und die Piraten haben sich der Forderung angeschlossen, die evangelische Kirche hatte sich mit dem gleichen Anliegen schon vorher an das Ministerium gewandt).

Mit den Worten „es gebe keinen Anlass dafür“ äußerte sich der Pressesprecher des Innenministeriums dazu in der Berliner Zeitung. „Die meisten Roma seien auch bereits freiwillig wieder aus Brandenburg ausgereist. In der zentralen Erstaufnahmeeinrichtung des Landes in Eisenhüttenstadt (Oder-Spree) seien derzeit nur noch weniger als 30 Roma untergebracht“, so die Berliner Zeitung weiter zur Begründung des Pressesprechers, warum kein Abschiebestopp nötig sei.

Diese Argumente haben uns sehr erstaunt. Über die „freiwilligen Ausreisen“ wissen wir von AnwältInnen und Betroffenen, die wir in Eisenhüttenstadt gesprochen haben, dass sich dahinter folgendes verbirgt: Den Einen wurde deutlich gemacht, dass sie abgeschoben werden, wenn sie nicht „freiwillig ausreisen“, andere wurden mit einer Grenzübertrittsbescheinigung und einer am Berliner Bus-Bahnhof deponierten Rückfahrkarte in Eisenhüttenstadt vor die Tür gesetzt, wieder anderen ist mitgeteilt worden, sie sollten „so gehen, wie sie gekommen sind“. Eine Anwältin bestätigte uns, dass sie tatsächlich für Mandanten, die Eisenhüttenstadt verlassen mussten, bei der IOM (internationale Migrationsorganisation) das Rückfahrgeld beantragen musste. Und es gibt solche, die sich entschließen, auszureisen, weil sie nach dem Schnellverfahren des BAMF keine Chance sehen, und denen Rückfahrkarten gestellt wurden. Noch weniger nachvollziehbar erscheint uns die Begründung mit der geringen Zahl der Betroffenen. Gerade wenn es nur wenige betrifft, sollte es umso leichter sein, diese zu beherbergen.

Entgegen unseres Informationsstandes vom Dezember sind aktuell keine Abschiebungen geplant. Aber nur ein Abschiebestopp würde den Betroffenen Sicherheit geben und wäre die mindeste Voraussetzung dafür, überhaupt von freiwilligen Ausreisen zu sprechen.

Im Erlass des Innenministeriums Schleswig-Holsteins heißt es, Familien mit minderjährigen Kindern, Frauen und alte Menschen sowie kranke, schwangere und pflegebedürftige Personen sollen nicht vor dem 1. April 2013 in die Balkanstaaten zurückgeführt werden. „**Das Wintermoratorium ist ein Gebot der Humanität**“, so Schleswig-Holsteins Innenminister Breitner in seiner Pressemitteilung vom 14. Dezember 2012 dazu.

**Dass sich eine rot-rote Regierung in Brandenburg dem nicht anschließt, ist absolut nicht nachvollziehbar!**

### **Erste Abschiebung aus dem Flughafenverfahren in Schönefeld**

Es wird immer absurder: Das einzige, was auf dem neuen Flughafen funktioniert ist das Gefängnis für ankommende Flüchtlinge. Seit dessen Eröffnung im August 2012 wurden fünf Flüchtlinge dort inhaftiert. Vier mussten 2 – 3 Tage dort bleiben. Ihnen wurde anschließend die Einreise erlaubt. Im November kam ein türkischer Kurde nach der Landung in Haft. Er hatte am nächsten Tag die Asyl-Anhörung, bekam tags drauf die Ablehnung des Asylantrags, erhielt 5 Tage später die Ablehnung des Eilrechtsschutzantrags vom Gericht in Cottbus und wurde dann abgeschoben. Sein Anwalt hatte beantragt, Beweise in der Türkei besorgen zu dürfen, das wurde abgelehnt. Es gibt leider keinen Kontakt mehr zu ihm - wir wissen nicht, was mit ihm nach der Abschiebung passiert ist.

### **Protestaktion gegen die Inhaftierung von Asylsuchenden in Europa**

Die Inhaftierung von Asylsuchenden kann schon bald europaweit zur Normalität werden, wenn die neue EU-Aufnahmerichtlinie im vorliegenden Entwurf verabschiedet wird. Er enthält sechs Inhaftierungsregelungen, die lückenlos greifen: Sie erlauben es, jeden asylsuchenden Menschen in der EU jederzeit und an jedem Ort zu inhaftieren. Haftgrund 1: Feststellung der Identität. Haftgrund 2: Beweissicherung der Fluchtgründe. Haftgrund 3: Prüfung des Einreiserechts. Haftgrund 4: Verspätete Asylantragstellung. Haftgrund 5: Nationale Sicherheit und Ordnung. Haftgrund 6: Gefahr des Untertauchens.

Haft für geflohene Kinder und Jugendliche wird im Richtlinienentwurf ausdrücklich erlaubt.

PRO ASYL hat eine E-Mail-Kampagne an die Europa-Abgeordneten gestartet:

<http://www.flucht-ist-kein-verbrechen.de/> Massenhafte Beteiligung ist aufs Schärfste erwünscht!

## Weitere Informationen

Hier finden sich ergänzende Informationen zu den aktuellen Einträgen auf unserer Webseite: [www.fluechtlingsrat-Brandenburg.de](http://www.fluechtlingsrat-Brandenburg.de) und [www.residenzpflicht.info](http://www.residenzpflicht.info), die auch als RSS-Feeds abonniert werden können.

### Residenzpflichtprozess in Potsdam

Am Dienstag, 29. Januar, kommt das Verfahren wegen Residenzpflichtverletzung von Bisso G. vor das Landgericht Potsdam. Dem kamerunischen Flüchtling, der in Rathenow lebt, wird vorgeworfen, sich im Mai 2009 ohne »Urlaubsschein« in Berlin aufgehalten zu haben. Sein Verteidiger hat mehrere Anträge angekündigt, mit denen die Verfassungswidrigkeit der 'Residenzpflicht' aufgezeigt werden sollen. Landgericht Potsdam, 29. Januar, 9.00 Uhr, Saal 9

Mehr dazu: <http://www.residenzpflicht.info/prozesse/residenzpflicht-prozess-vor-dem-landgericht-potsdam/>

### Tod in Althüttendorf / Barnim

In Althüttendorf wurde am 8. Dezember 2012 ein kenianischer Bewohner in der Nähe des Lagers tot aufgefunden. Er war erfroren. Der Hergang lässt sich nicht vollständig rekonstruieren. Festzuhalten ist nur, dass es vorher mehrere Vorfälle gab, die darauf hindeuten, dass er akute psychische Probleme hatte. Die Tatsache, dass er in keiner Behandlung war, sehen wir als Teil einer strukturellen Unterversorgung an, die – wie in diesem Fall – tödlich ausgehen kann.

### Büro der Integrationsbeauftragten geschlossen

Das Büro der Integrationsbeauftragten ist aufgelöst und in ein neu eingerichtetes Referat 27 „Migration, Integration“ überführt worden. Damit ist es ein unmittelbarer Teil des Sozialministeriums und dem Minister unterstellt. Die Landesregierung bezeichnet die Veränderung als Teil der „systematischen und gleichmäßigen Personalentwicklung im Ministerium“ und versichert, dass die Aufgaben und die organisatorische Stellung mit der „Beratungs-, Anregungs- und Anstoßfunktion“ erhalten bleiben (Antwort auf die parl. Anfrage der Grünen vom 29.8.12 Drucksache 5/6090).

### Rassistische Polizeikontrollen

am 19. November 2012 tagte der Flüchtlingsrat Brandenburg im Evangelischen Gemeindezentrum Eisenhüttenstadt, das nahe der Brandenburgischen Erstaufnahmestelle für Asylbewerber liegt. Dazu sind etwa 30 VertreterInnen von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Beratungsstellen und politischen Initiativen aus verschiedenen Orten Brandenburgs angereist. Zwei von ihnen wurden unmittelbar vor dem Veranstaltungsort in der Nähe der ZABH von Bundespolizisten kontrolliert. Es waren die einzigen schwarzen Teilnehmer unserer Sitzung.

Unser Offener Brief an die Bundespolizei und die Antwort darauf finden sich hier:

<http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/rassismus/racial-profiling-bei-kontrollen-der-bundespolizei-in-eisenhuttenstadt>

Im nächsten Infobrief werden wir im Zusammenhang mit dem Thema Abschiebungshaft noch einmal auf die Bundespolizeikontrollen im 30-km-Grenzgebiet, und insbesondere in Eisenhüttenstadt eingehen.

### Kirchenasyl in Prenzlau schließlich doch erfolgreich! - Abschiebung nach Italien endgültig verhindert

Ende Januar 2012 suchte der schwer gehbehinderte afghanische Flüchtling Naser N. bei der Kirchengemeinde in Prenzlau Zuflucht, um nicht in die Obdachlosigkeit nach Italien zurückgeschoben zu werden. Ein Verwaltungsrichter in Potsdam hatte es abgelehnt, ihm Rechtsschutz zu gewähren. Bis Juni gewährte ihm die Gemeinde Kirchenasyl. Anschließend versuchten die Behörden erneut, die Rückschiebung nach Italien durchzusetzen. Zwischenzeitlich wurden neue Anträge gestellt. Die richterliche Zuständigkeit in Potsdam hatte gewechselt und Herrn N. wurde Rechtsschutz gewährt. Die Rückschiebung nach Italien wurde vorerst untersagt. Kurz vor Weihnachten machte das BAMF endlich vom Selbsteintrittsrecht

Gebrauch, so dass für Herrn N. mehr als ein Jahr nach seiner Einreise in Deutschland endlich die Sicherheit eingetreten ist, dass er hier sein Asylverfahren durchlaufen kann.

#### **Härtefallkommission muss allen offenstehen. Oder: Ohne Skandal läuft nix!**

Die Verordnung zur Härtefallkommission des Landes Brandenburg ist in der Überarbeitung. Die in der Kommission vertretenen NROs haben fast einhellig die Abschaffung von pauschalen Ausschlussgründen gefordert, so wie es z.B. in Berlin schon lange gehandhabt wird. Dort wird **jeder** Fall individuell geprüft. Bündnis 90/Die Grünen haben die gleiche Position und einen entsprechenden Entschließungsantrag ins Plenum des Landtags eingebracht, der am 15. November 2012 abgelehnt wurde. Für die SPD begründete Britta Stark die Ablehnung des Antrages der Grünen wie folgt: „Wir sind nicht der Meinung, dass man an der derzeitigen Praxis der Härtefallkommission etwas ändern sollte, denn wenn man zurückblickt auf die vergangenen Jahre, hat sich gezeigt, dass die gut gearbeitet hat. Wir hatten wenig bis gar nicht mit öffentlichen Skandalen zu tun. Wir sehen keinen Handlungsbedarf, im Gegenteil, wir würden der Arbeit der Härtefallkommission keinen Gefallen tun, wenn wir eine weitere Politisierung, so wie Sie das in Ihren Forderungen tun, vornehmen würden...“ Das ist neben der Missachtung der Stellungnahmen von Mitgliedern der Kommission eine verblüffende Definition von guter Arbeit = Geräuschlosigkeit. Offensichtlich werden Positionen von Nichtregierungsorganisationen und die Missstände, auf deren Abschaffung sie drängen, nur wahrgenommen, wenn sie in der Zeitung stehen. Keine neue aber eine immer wieder erneuerbare, frustrierende Erkenntnis!

PM der Grünen vom 16.10.2012 zum Antrag:

[http://www.pressrelations.de/new/standard/result\\_main.cfm?pfach=1&n\\_firmanr =124849&sektor=pm&detail=1&r=510965&sid=&aktion=jour\\_pm&quelle=0](http://www.pressrelations.de/new/standard/result_main.cfm?pfach=1&n_firmanr =124849&sektor=pm&detail=1&r=510965&sid=&aktion=jour_pm&quelle=0)

Antrag: [http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab\\_6300/6336.pdf](http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab_6300/6336.pdf)

#### **Cottbus setzt Pläne zur Aufnahme jugendlicher Flüchtlinge zurück**

Die Stadt Cottbus sollte für Brandenburg zum zentralen Wohnort von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ab 16 Jahren werden. Die Stadt setzt diese Pläne aber nun zurück wegen unklarer Finanzierung, so die Lausitzer Rundschau vom 9. Januar 2013, die den Sozialdezernenten Weiß zitiert: "Das Land arbeitet derzeit an einem Integrationskonzept. Die Ergebnisse wollen wir abwarten." Bisher werden die 16 bis 18-jährigen UMF in den normalen Sammelunterkünften in Cottbus, Brandenburg an der Havel und Potsdam oder im Alreju in Fürstenwalde untergebracht. Um eine jugendgerechtere Versorgung zu gewährleisten, hat sich das Land darauf verständigt, die unbegleiteten 16- und 17-jährigen Flüchtlinge zentral in Cottbus unterzubringen. Dagegen gab es Einwände und Bedenken von verschiedenen Seiten, weil auch dort keine jugendgerechte Unterbringung vorgesehen war, sondern die Jugendlichen in der Sammelunterkunft für Erwachsene hätten wohnen müssen.

#### **Flüchtlingsproteste in Berlin gehen weiter – Schule besetzt**

Aktuelle Informationen zu den Flüchtlingsprotesten in Berlin sind zu finden unter:

<http://www.refugeetentaction.net>

#### **Rechtsstaatlicher GAU: „Bauernopfer“ und keine Aufklärung des Verbrennungstodes von Oury Jalloh in Dessauer Polizeizelle**

Entsetzt reagierten die Initiative Oury Jalloh, das Komitee für Demokratie und Grundrechte, die Liga für Menschenrechte und PRO ASYL auf das Urteil im Revisionsverfahren gegen Dessauer Polizeibeamte vom 13. Dezember 2012. Die Pressemitteilungen sind auf unserer Webseite dokumentiert:

<http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/rassismus/rechtsstaatliches-desaster-urteil-zum-verbrennungstod-oury-jalloh>

Pressespiegel (erstellt von der Initiative Oury Jalloh e.V.)

[http://www.mdr.de/nachrichten/jalloh136\\_zc-e9a9d57e\\_zs-6c4417e7.html](http://www.mdr.de/nachrichten/jalloh136_zc-e9a9d57e_zs-6c4417e7.html)

[http://www.123recht.net/Anklage-fordert-Geldstrafe-wegen-Tod-von-Asylbewerber-\\_a132801.html](http://www.123recht.net/Anklage-fordert-Geldstrafe-wegen-Tod-von-Asylbewerber-_a132801.html)

<http://www.fr-online.de/politik/tod-von-oury-jalloh-geldstrafe-im-jalloh-prozess-gefordert,1472596,21034020.html>

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/806398.brandursache-bleibt-ungeklaert.html>

<http://www.dnn-online.de/web/dnn/specials/polizeiticker/detail/-/specific/Prozess-um-verbrannten-Oury-Jalloh->

[Staatsanwaltschaft-fordert-Geldstrafe-2763721413](http://www.fr-online.de/newsticker/jalloh-prozess--gericht-lehnt-neue-brandversuche-ab-,11005786,21032236.html)

<http://www.fr-online.de/newsticker/jalloh-prozess--gericht-lehnt-neue-brandversuche-ab-,11005786,21032236.html>

<http://www.fr-online.de/newsticker/plaedoyers-im-prozess-um-tod-des-asylbewerbers-oury-jalloh-erwartet,11005786,21028808.html>

<http://www.mz->

[web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1354623391006&openMenu=10125695](http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1354623391006&openMenu=10125695)

### **Abschiebestopp nach Griechenland um ein Jahr verlängert**

Siehe: <http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/materialienabschiebungen/dublin>

### **Abschiebestopp nach Syrien nur noch bis Ende März 2013**

Aufgrund des andauernden Bürgerkriegs in Syrien haben sich die Innenministerien der Länder im Juni auf die Verlängerung des Abschiebestopps nach Syrien um sechs Monate verständigt. Eine rasche Entspannung der Lage scheint aktuell aber nicht in Sicht und es muss um eine weitere Verlängerung gerungen werden. Angebracht wäre es, den hier lebenden syrischen Flüchtlingen eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen zu erteilen, statt ihnen weiter den unsicheren Duldungsstatus, bzw. lange Verfahren mit allen dazugehörigen Restriktionen zuzumuten (s.o.).

### **Zynische Töne in der Debatte über Aufnahme syrischer Flüchtlinge**

Der Bundestag debattierte am 8. November 2012 über den Schutz und die Aufnahme syrischer Flüchtlinge in der EU und in Deutschland. Anlass für die Debatte waren Anträge von Linken und Grünen. Für die CDU/CSU stellte Helmut Brandt fest, vor der aktiven Aufnahme von Flüchtlingen habe für die Bundesregierung die Hilfe vor Ort Priorität. Die Flüchtlinge wollten dort gar nicht weg. Ein nationaler Alleingang sei nicht sinnvoll und die Durchführung eines Aufnahmeverfahrens ohnehin logistisch schwierig. Die Ablehnung der Forderung, Anträge auf Kurzzeitvisa syrischer Staatsangehöriger, insbesondere von Familienangehörigen in Deutschland lebender Personen, schnell und wohlwollend zu bearbeiten, begründet Brandt zynischerweise wie folgt: „Angesichts der augenblicklichen Lage in Syrien wird die Rückkehrabsicht derzeit nur selten nachweisbar sein.“ Auch zur Erteilung von Langzeitvisa an Familienangehörige zitiert er die Rechtslage und kommt zu dem Schluss, man solle von der restriktiven Praxis nicht abweichen: „Wir wollen kein Asyl durch die Hintertür.“ Schließlich verweigert er sich der Forderung nach einer Kündigung des deutsch-syrischen Rückübernahmeabkommens. Man habe ja nun einen gültigen Abschiebestopp, sodass es für die Kündigung keine Veranlassung gebe. „Überdies hege ich immer noch die Hoffnung, dass dieser Bürgerkrieg in absehbarer Zeit endet. Dann aber werden wir das Abkommen brauchen.“ Auch Hartfrid Wolff von der FDP äußert sich in seiner Rede zur Frage der Kündigung des Rückübernahmeabkommens. Ein solches Vorgehen „könnte auch so verstanden werden, dass wir nicht mehr an einen baldigen Frieden in Syrien glauben. Wir sollten, meine ich, alles vermeiden, was als Zeichen der Hoffnungslosigkeit gedeutet werden könnte“.

### **Flüchtlingsinitiativen zur Innenministerkonferenz:**

#### **Recht auf Bleiberecht. Dulden heißt beleidigen!**

Verschiedene Flüchtlingsinitiativen wie „Jugendliche ohne Grenzen“ und „alle bleiben!“ haben auch in diesem Jahr wieder am Rande der Innenministerkonferenz, die vom 5. bis zum 7. Dezember in Rostock stattfand, eine Gegenkonferenz veranstaltet. Sie forderten eine neue Bleiberechtsregelung und eine humanere Flüchtlingspolitik. Zum Abschiebeminister des Jahres wurde Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich gewählt. Zur Begründung hieß es, Hans-Peter Friedrich habe in den letzten Monaten eine populistische Kampagne gegen Roma aus Serbien und Mazedonien gestartet und Massenabschiebungen forciert. Statt die Not der Roma anzuerkennen, bezichtige er diese des Asylmissbrauchs. In einer gemeinsamen Presseerklärung vom 6. Dezember 2012 fordern Jugendliche ohne Grenzen, das Roma Center Göttingen, der Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern und PRO ASYL die Innenminister der Länder dazu auf, sich der geplanten Einstufung von Serbien und Mazedonien als sichere Herkunftsländer zu widersetzen. Zudem betonten die Flüchtlingsorganisationen die Notwendigkeit eines Aufnahmeprogramms für syrische Flüchtlinge. <http://konferenz.jogspace.net/files/2012/12/jogkonferenz.pdf>

### Schutz vor geschlechtsspezifischer Verfolgung

Die Bundesregierung hat am 5.11.2012 ihre Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Thema „Schutz vor geschlechtsspezifischer Verfolgung in Deutschland“ veröffentlicht (Drucksache 17/11345). Darin nimmt die Bundesregierung unter anderem zur Qualifikation der zuständigen Mitarbeiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge Stellung.  
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/113/1711345.pdf>

### Anerkennung ausländischer Abschlüsse

Mit dem Gesetz zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse sollten im ersten Jahr nach Inkrafttreten 25 000 Abschlüsse anerkannt werden. Das zumindest kündigte die zuständige Bundesministerin Schavan an. Dieses Ziel müsste bis März 2013 erreicht werden. In einem Artikel vom 22. Oktober 2012 rechnet das Magazin allerdings vor, dass es in den letzten Monaten im Schnitt gerade einmal 15 Abschlüsse waren, die anerkannt wurden. „Der iranische Arzt fährt immer noch Taxi“, so die Überschrift.  
<http://www.migazin.de/2012/10/22/der-iranische-arzt-fahrt-immer-noch-taxi/>

### Polizei soll Zugriff auf EURODAG-Daten erhalten

*„Man hat sich in ganz Europa daran gewöhnt, dass Flüchtlinge in Abschiebehaft genommen werden, obwohl sie nichts verbochen, sondern nur Zuflucht gesucht haben. Hilfsorganisationen klagen immer wieder darüber, dass Flüchtlinge wie Kriminelle behandelt werden - ungeachtet der Tatsache, dass das Asylrecht zu den Grund- und Menschenrechten zählt. Die Kritik erhält jetzt neue Nahrung: **Die nationalen Sicherheitsbehörden sollen umfassend Zugriff auf die EU-Datenbank Eurodac erhalten, in der die Fingerabdrücke von Flüchtlingen und Asylbewerbern gespeichert sind.** In der EU-weiten Großdatenbank Eurodac werden seit zehn Jahren die Fingerabdrücke von allen Flüchtlingen verwahrt, die irgendwo in Europa die Grenze überschreiten oder in einem Mitgliedsstaat aufgegriffen werden. Rechtsgrundlage ist die Eurodac-Verordnung aus dem Jahr 2000 „zur effektiven Anwendung des Dubliner Abkommens“.*  
Das schreibt Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung vom 17.12.2012. Weiterlesen hier:  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/2.220/daten-von-fluechtligen-in-der-eu-polizei-soll-zugriff-auf-fingerabdruetze-erhalten-1.1552542>

### Zweierlei Maß bei der Beurteilung von Traumatisierungen

Eine neue „Verordnung über die Vermutung der Verursachung einer psychischen Störung durch einen Einsatzunfall“ vom 24. September 2012 ist asylpolitisch interessant. Die Verordnung betrifft deutsche Soldaten in Auslandseinsätzen. Für diese soll gelten: Wenn innerhalb von fünf Jahren nach Beendigung des Einsatzes bestimmte fachärztlich festgestellte Symptome auftreten (posttraumatische Belastungsstörung, Anpassungsstörung, Angststörung), wird vermutet, dass dies auf die „Auslandsverwendung“ zurückzuführen ist. Schön wäre es, wenn eine solche Vermutungsregelung auch im Asyl- und Ausländerrecht gelten würde. Dort aber müssen sich die Betroffenen anhören, sie seien unglaubwürdig, weil sie die Symptome nicht früher angegeben hätten oder dass sie vielleicht traumatisiert sind, aber nicht belegt sei, dass sich dies aus der Verfolgung ergebe, oder: Der Arzt habe zwar die Traumatisierung bescheinigt, aber nichts zur Glaubhaftigkeit der Verfolgungshandlung gesagt.  
Die Verordnung findet sich hier: <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/einsatzuv/gesamt.pdf>

### Urteil des EuGH stärkt die Position von Asylsuchenden, die vor religiöser Verfolgung fliehen

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 5. September ein wegweisendes Urteil zum Asylanspruch von religiös Verfolgten veröffentlicht. Danach darf Gläubigen der Flüchtlingsschutz nicht mit dem Hinweis darauf verwehrt werden, dass sie sich religiöser Aktivitäten und öffentlicher Glaubensbetätigungen weitgehend enthalten könnten, um keine Verfolgung auf sich zu ziehen. Bisher hatte das BAMF nämlich vertreten, es würde ausreichen, in den privaten vier Wänden beten zu können, um als nicht verfolgt zu gelten (das sog. religiöse Existenzminimum).  
Hintergrund der EuGH-Entscheidung ist eine Vorlage des Bundesverwaltungsgerichtes in Leipzig. In den Ausgangsverfahren aus den Jahren 2003 und 2004 hatten zwei pakistanische Staatsangehörige, aktive Angehörige der Ahmadiyya-Glaubensgemeinschaft, geltend gemacht, wegen ihrer religiösen Aktivitäten

durch die strengen Blasphemie-Gesetze Pakistans bedroht zu sein. Diese sehen Gefängnisstrafen oder sogar die Todesstrafe vor. Erläuterungen von PRO ASYL und das Urteil finden sich hier:

[http://www.proasyl.de/de/presse/detail/news/urteil\\_des\\_eugh\\_staerkt\\_die\\_position\\_von\\_asylsuchenden\\_die\\_vor\\_religioeser\\_verfolgung\\_fliehen/](http://www.proasyl.de/de/presse/detail/news/urteil_des_eugh_staerkt_die_position_von_asylsuchenden_die_vor_religioeser_verfolgung_fliehen/)

Unter Umständen könnte dieses Urteil auch Auswirkungen auf die asylrechtliche Beurteilung von Verfolgung aufgrund offen gelebter Homosexualität haben.

#### **Botschaft von Papst Benedikt: No Border - no Nation!**

Zum 99. Welttag des Migranten und Flüchtlings, der 2013 dem Thema „Migration – Pilgerweg des Glaubens und der Hoffnung“ gewidmet ist, hat sich Papst Benedikt XVI. unter anderem zum Grundrecht jeder Person, auszuwandern aber auch zu bleiben, geäußert. Er sagte: **„Jeder ist berechtigt, sich dort niederzulassen, wo er es für günstiger hält, um seine Fähigkeiten, Ziele und Projekte besser zu verwirklichen.** Vor dem derzeitigen soziokulturellen Hintergrund muss jedoch noch vor dem Recht auszuwandern das Recht nicht auszuwandern – das heißt, in der Lage zu sein, im eigenen Land zu bleiben – bekräftigt werden, um mit dem seligen Johannes Paul II. zu wiederholen, dass 'das erste Recht des Menschen darin besteht, in seiner eigenen Heimat zu leben. Dieses Recht wird aber nur dann wirksam, wenn die Faktoren, die zur Auswanderung drängen, ständig unter Kontrolle gehalten werden' ". Der Text ist hier zu finden:

[http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse\\_downloads/Botschaften/2013-Botschaft\\_Welttag\\_Migranten.pdf](http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/Botschaften/2013-Botschaft_Welttag_Migranten.pdf)

#### **Sans-Papiers besetzen in Paris die Botschaft des Vatikans und eine Kirche in Lille**

Den Papst beim Wort nehmen Papierlose in Frankreich. Sie wiesen Sylvester durch spektakuläre Besetzungen auf die christliche Verpflichtung hin, sich für die Rechte der Fremden einzusetzen. *Taz*, 2.1. 2013: <http://www.taz.de/!108252/>

#### **Polen: Flüchtlingsproteste führen zu Untersuchungen der Inhaftierungspraxis**

Ein Artikel von IPS News berichtet über eine aktuelle Untersuchung zur Inhaftierung und dem Umgang mit Flüchtlingen und Migranten in Polen. Sie war durch einen Hungerstreik von 73 inhaftierten Asylsuchenden in vier unterschiedlichen polnischen Haftzentren erstritten worden. Die Streikenden stellten Forderungen auf, die im Umkehrschluss auf verheerende Misstände hinweisen: Das Recht auf Informationen in einer ihnen verständlichen Sprache, das Recht auf Kontakt zur Außenwelt, das Recht auf angemessene Gesundheitsversorgung, die Verbesserung der sozialen Bedingungen und die Beendigung von Misshandlungen und Gewalt gegenüber den Inhaftierten. IPS hatte die Möglichkeit mit bereits entlassenen Inhaftierten zu sprechen, insbesondere aus dem Haftzentrum Lesznawola, wo der Protest hauptsächlich stattgefunden hatte. Die iranische Aktivistin Layla Naimi berichtet von inhaftierten Minderjährigen, sexuellen Übergriffen und schlechter medizinischer Versorgung.

<http://www.ipsnews.net/2012/11/migrants-in-poland-find-a-voice-at-last/>

#### **Roboter sollen Flüchtlinge an türkisch-griechischer Grenze aufspüren – Abschiebeabkommen mit Türkei kurz vor Unterzeichnung**

In einer Pressemitteilung vom 15. November 2012 kritisiert Andrej Hunko (MdB Die Linke), dass sich die EU zum Komplizen von Rassismus und Faschismus in Griechenland mache. Die griechische Polizei nehme an einem EU-Forschungsprojekt zur Entwicklung von Landrobotern zur Grenzüberwachung teil. Ein Abschiebeabkommen der EU mit der Türkei stehe vor der Unterzeichnung. Die Finanzierung neuer Haftanstalten mache die Inhaftierung von Migranten und Flüchtlingen in großem Stil erst möglich. Hunko bezieht sich dabei auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Bundestag (BT Drucksache 17/17200) <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17200.pdf>, Frage 33, Seite 24219

PM: <http://www.andrej-hunko.de/presse/pressemitteilungen/1326-eu-wird-zum-komplizen-von-rassismus-und-faschismus-in-griechenland>

### **Dublin-Verordnung: EU- Abgeordneten fordern faire Verteilung und mehr Solidarität**

Auf der Plenartagung zur Asylpolitik am 11. September 2012 forderten die Abgeordneten des Europa-Parlaments die Neuordnung des europäischen Asylsystems und eine gerechte Verteilung der Lasten. Mit mehreren konkreten Vorschlägen soll der Ungerechtigkeit des Dublin-Verfahrens, das Lasten einseitig auf die Länder an den Außengrenzen abwälzt, behoben werden.

Die „nicht-legislative Entschließung“ REF : 20120907IPR50814 findet sich hier in deutscher Sprache: <http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120907IPR50814/html/Asylpolitik-Die-Abgeordneten-fordern-faire-Verteilung-und-mehr-Solidarit%C3%A4t>

### **Europas moderne Massengräber – Krieg gegen Flüchtlinge**

Das mit Satelliten, Infrarotkameras und anderem technischen Gerät komplett überwachte Mittelmeer ist das größte moderne Massengrab, das tödlichste Gewässer der Welt. Der Friedhof von Lampedusa hat keinen Platz mehr für die angeschwemmten Leichen der ertrunkenen oder auf dem Wasser verdursteten Flüchtlinge. Die Bürgermeisterin der Insel, Giusi Nivolini, wendet sich am 6. November mit einem Brief an die europäische Öffentlichkeit und fragt: „Wie groß muss der Friedhof meiner Insel sein? Ich kann nicht verstehen, wie diese Tragödie für normal gehalten werden kann? Ich bin außer mir vor Wut über diese Gleichgültigkeit, die uns alle angesteckt zu haben scheint. Ich bin alarmiert vom Schweigen in Europa, das gerade den Nobel-Preis verliehen bekommen hat, dem Schweigen angesichts eines Massakers, das das Ausmaß eines wahren Krieges hat. Ich erwarte Kondolenztelegramme für alle Ertrunkenen, die mir gemeldet werden, genauso, wie es wäre, wenn sie weiße Haut gehabt hätten und das Kind von jemandem gewesen wären, das in den Ferien ertrunken ist.“ (übersetzte Auszüge. mehr auch auf: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/808842.sterben-verbotten.html> )

Auch im Evros, dem europäischen Festungsgraben an der Landaußengrenze, ertrinken alltäglich Flüchtlinge, die versuchen über die Türkei und die türkisch-griechische Grenze nach Europa zu fliehen. Sie werden in Massengräbern verscharrt, weil die Dorffriedhöfe keinen Platz für die Fremden hergeben. Eine kleine muslimische Gemeinde in Griechenland kümmert sich um die Beerdigung der Toten an ihrem Flussufer. Rund 400 sind es im Juni 2012 – längst nicht nur Muslime. Ein Film von Andreas Morell lässt das Ausmaß der Tragödie erahnen: <http://www.wdr.de/tv/diestory/sendungsbeitraege/2012/0604/friedhof.jsp>

### **Watch The Med - Strafflosigkeit auf dem Mittelmeer beenden !**

„Watch the Med“ ist ein neues Projekt, das mittels Karten- und Satellitentechnologie die Umstände des Todes von Boatpeople rekonstruiert und damit die Grundlage für Strafverfahren gegen die Verantwortlichen schaffen will. Neben der Beendigung der Strafflosigkeit von unterlassenen Hilfeleistungen und Morden auf See (Migranten, die auf Frachtern entdeckt und über Bord geworfen werden) zielt das Projekt auf Echtzeitinterventionen, sobald Boatpeople in Seenot geraten, um deren Rettung zu erzwingen. <https://watchthemed.crowdmap.com/>

### **Melilla – die Situation von 2005 / 2006 wiederholt sich. Algerien und Marokko deportieren TransitmigrantInnen in die Wüste**

Nach dem revolutionären Umsturz in Tunesien und dem Bürgerkrieg in Libyen 2011 suchen Tausende afrikanische Flüchtlinge, die zuvor dort gelebt hatten, Schutz in den Nachbarstaaten. Viele wollen über Marokko auf spanisches Territorium gelangen. An den meterhohen Grenzzäunen der spanischen Exklave Melilla droht die Situation ähnlich zu eskalieren wie in den Jahren 2005/2006, befürchtet die spanische Menschenrechtsorganisation PRODEIN. Damals hatten Hunderte Flüchtlinge aus verschiedenen afrikanischen Staaten versucht, die Grenzen zu Ceuta und Melilla zu überwinden. Im Oktober 2005 starben mindestens 16 Schutzsuchende, zum Teil an Schussverletzungen, viele weitere wurden verletzt. PRODEIN hat die Menschenrechtsverletzungen damals sehr eindrücklich in einem Film dokumentiert: "Choque de Civilizaciones" (Zusammenprall der Zivilisationen) ist in der deutschen Fassung beim Flüchtlingsrat Brandenburg oder Autofocus in Berlin zu beziehen. Empfehlenswert auch die Fotoreportage auf <http://www.umbruch-bildarchiv.de/bildarchiv/ereignis/melilla.html> mit Fotos von PRODEIN-Gründer José Palazon.

Seit Beginn des Jahres 2011 versuchen nun wieder fast täglich Flüchtlinge die spanische Exklave auf afrikanischem Boden zu erreichen. Nach wie vor setzt das marokkanische Militär Schusswaffen gegen Menschen ein, die über den Zaun zu klettern versuchen. Auch die Gummigeschosse, die von den spanischen Grenzbeamten auf sehr kurze Distanz eingesetzt werden, verursachen gravierende Verletzungen. Der Zugang zu der Grenzwallanlage wird JournalistInnen und MenschenrechtsbeobachterInnen systematisch verwehrt. Wer beim Überqueren des Zauns oder an der Küste entdeckt wird, wird häufig illegal nach Marokko abgeschoben. Besorgnis erregt auch die Praxis der spanischen Behörden, Flüchtlinge zu inhaftieren, um sie über das spanische Festland direkt in ihre Herkunftsländer abzuschicken. Insbesondere die kollektive Abschiebung von Flüchtlingen in die DR Kongo im März 2012 – ohne existierendes Rückübernahmeabkommen und ohne Prüfung der Staatsangehörigkeit der Betroffenen – stellt einen Skandal dar.

Aktuelle Informationen liefert Melilla Frontera Sur <http://melillafronterasur.blogspot.com.es/>

Artikel im Spiegel: <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/afrikanische-fluechtlinge-ueberwinden-grenzwall-zu-exklave-melilla-a-850888.html> und taz: <http://www.taz.de/Fluechtlinge-in-Melilla-und-auf-Lampedusa/!99962/>

In Reaktion auf Auseinandersetzungen am Grenzzaun der spanischen Enklaven Ceuta und Melilla, bei denen ein Polizist zu Tode kam und 30 Migrantinnen und Migranten verletzt wurden, verhafteten marokkanische Behörden am 11. Juli 2012 in Nador 400 Personen und setzten sie im Landesinneren aus, unter ihnen schwangere Frauen, berichtet der Autor Bernhard Schmidt auf der Webseite des Verlages Edition Assemblage:

<http://www.edition-assemblage.de/widerstand-gegen-den-umgang-mit-migrantinnen-und-migranten/>

Der Jesuitenflüchtlingsdienstes berichtet ebenfalls über Deportationen von TransitmigrantInnen aus Algerien und Marokko in die Wüste: Auch diese tödliche Praxis ist aus den Jahren 2005-2007 bekannt, als die EU massiv Druck auf Marokko ausübte, die Transmigration nach Europa zu stoppen. Abschiebungen in beide Länder sollten gestoppt werden, bis deren Regierungen nachweisen können, dass die Rechte aller Migranten respektiert werden

[http://www.jrseurope.org/news\\_releases/LivesInTransitionMigrantsMoroccoAlgeria\\_NEWS05122012.htm](http://www.jrseurope.org/news_releases/LivesInTransitionMigrantsMoroccoAlgeria_NEWS05122012.htm)